

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiger.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

Berlin, 23. Februar.

Der preussische Landtag wurde heute Mittag um 1 Uhr durch den Minister-Präsidenten Grafen Bismarck geschlossen. Es waren fast nur die Mitglieder des Herrenhauses und nur wenige Abgeordnete (conservative Fraction und einige Katholiken) erschienen. Graf Bismarck verlas folgende Rede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Die Regierung Seiner Majestät des Königs hatte den diesjährigen Landtag nicht in der Erwartung einer unmittelbaren Lösung des schwebenden Verfassungsstreites, aber doch in der Hoffnung eröffnet, daß das im Preussischen Volke lebende Verlangen nach einer Ausgleichung, auch in der Landesvertretung hinreichenden Wiederhall finden werde, um das Zusammenwirken der Staatsgewalten zur Herstellung nützlicher Gesetze zu ermöglichen, und durch gemeinsame Thätigkeit im Dienste des Vaterlandes die Schroffheit des Gegensatzes zu mildern, in welchen das Haus der Abgeordneten zur Krone und zum Herrenhause getrieben war.

In dieser Hoffnung hat die Staatsregierung den Landtag nach dem Willen Seiner Majestät des Königs eröffnet, ohne ihrerseits dem Bzwürfnis neue Nahrung zu geben, oder die Grundlagen künftiger Verständigung zu beeinträchtigen.

Die erste Kundgebung, welche darauf aus dem Hause der Abgeordneten erfolgte, war eine Rede seines Präsidenten, in welcher derselbe der feindseligen Stimmung der Mehrheit des Hauses durch gründlose und herausfordernde Vorwürfe gegen die Regierung Seiner Majestät des Königs Ausdruck gab.

Diesem Vorgange entsprach die fernere Thätigkeit des Hauses; sie war nicht dem Frieden, sondern dem Streite zugewandt, nicht den Gesetzesvorlagen, sondern dem Bestreben gewidmet, zu Angriffen auf die Regierung den Anlaß auf solchen Gebieten zu suchen, welche die Landesverfassung dem Wirkungskreise der Volksvertretung nicht überwiesen hat, und auf welchen die Thätigkeit der Abgeordneten deshalb eine unfruchtbare bleiben mußte. In diesem Sinne wurde die vom ganzen Lande mit Freuden begrüßte Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Preussischen Krone und dadurch das verfassungsmäßige Recht des Königs angefochten: Staatsverträge zu schließen, welche dem Staate keine Lasten auferlegen. In diesem Sinne erfolgte, durch den Beschluß vom 10. Februar, ein verfassungswidriger Angriff auf die durch Art. 86. der Verfassungs-Urkunde verbürgte Unabhängigkeit der Gerichte, in Verbindung mit dem Versuche, das wohlbedachte Ansehen Preussischer Rechtspflege im Volke zu erschüttern, und die Ehre eines Richterstandes öffentlich anzutasten, dessen Unparteilichkeit noch heut wie seit Jahrhunderten unserem Vaterlande zum Ruhme gereicht. Durch einen weiteren Beschluß hat das Haus der Abgeordneten den Art. 45 der Verfassungs-Urkunde verletzt, und sich die, Sr. Majestät dem Könige allein zustehenden Befugnisse der vollziehenden Gewalt beigelegt, indem es den Beamten derselben Vorschriften in Betreff ihrer dienstlichen Pflichten zu ertheilen unternahm.

Angesichts dieser Uebertreffe mußte die Staatsregierung sich die Frage vorlegen, ob von der Fortsetzung der Ver-

handlungen des Landtages gedeihliche Ergebnisse für die Wohlfahrt und den inneren Frieden des Landes überhaupt zu erwarten ständen. Seine Majestät der König hat die Beantwortung dieser Frage ausgesetzt wissen wollen, bis die Beratungen des Hauses der Abgeordneten über einen Antrag erfolgt sein würden, in welchem die vermittelnden Bestrebungen einer Minderheit ihren Ausdruck gefunden hätten.

Der Verlauf dieser Beratungen hat bei der Staatsregierung die Besorgniß nicht zu heben vermocht, daß auf dem vom Hause der Abgeordneten eingeschlagenen Wege das Land erstens der Bzwürfnissen entgegen geführt und die Ausgleichung der bestehenden auch für die Zukunft erschwert werden würde.

Um dieß zu verhüten haben Seine Majestät der König befohlen, die Sitzungen des am 15. Januar eröffneten Landtages zu schließen. Im allerhöchsten Auftrage erkläre ich den Landtag der Monarchie für geschlossen.

Nach Beendigung der Vorlesung brachte der Präsident des Herrenhauses ein dreifaches Hoch auf Sr. Maj. den König aus, womit der Akt geschlossen war. Die Minister wurden von den Anwesenden auf das Lebhafteste begrüßt. Vor dem Schlosse war eine große Menschenmenge versammelt.

Dieser neueste Act der preussischen Regierung konnte eigentlich keinem tieferblickenden Politiker befremdend oder überraschend kommen.

Nach dem chronischen, fast möchten wir sagen, unheilbaren Character, welchen der sogenannte innere Conflict schon seit geraumer Zeit angenommen hat, konnte der Regierung nur daran gelegen sein, einen letzten, jedoch nicht von Nachgeben ihrerseits begleiteten Versuch einer Verständigung mit der gegenwärtigen Kammernmajorität zu machen, und, sobald dieser Versuch mißlungen, weiteren für sie, die Regierung, fruchtlosen und keineswegs angenehmen Debatten baldigst ein Ziel zu setzen, wobei ihr sehr zu Statten kommt, daß die fragliche Legislaturperiode mit dieser Session beendet ist. Beide streitende Theile setzen nunmehr ihre Hoffnung auf Neuwahlen; mit welchem Glücke, wird sich zeigen.

Zur richtigen Beurtheilung dieses sogenannten Conflicts ist durchaus fortwährend festzuhalten, daß es sich dabei um die Alternative handelt: Parlamentsherrschaft oder persönliches, königliches Regiment, und daß sich, im entscheidenden Augenblicke, der preussische Parlamentarismus, die liberale Kammernmajorität, schwach gezeigt hat. Eine auf solche Weise verlorene Position ist schwer wieder zu erobern.

Und Eins können wir bei dieser Gelegenheit den Kämpfern für die „Souveränität des Volks“ zuzurufen nicht unterlassen, die Mahnung: daß, wenn es sich um Volks-Souveränität handelt, auch wirklich das Volk, das gesammte Volk souverän sein will und nicht zufrieden ist mit der Souveränität einzelner privilegirter Klassen, mit der Souveränität der Besitzenden!

Wir denken, daß man uns verstehen wird.

Noch ist es Zeit, begangene Sünde gut zu machen.

## Deutschland.

\* Berlin, 23. Febr. [Landtagsverhandlungen.] Schluß der gestrigen (11.) Sitzung des Abgeordnetenhauses:

Der folgende Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Schlußberatung über den Antrag des Abg. Reichensperger und Genossen auf Erlaß einer Adresse an Se. Maj. den König.

Der Antrag der Referenten Abg. Dr. Gneiß und Dr. Waldeck lautet auf Ablehnung des Reichensperger'schen Antrages. Der Referent Abg. Dr. Gneiß erörtert in seinem Referate zunächst die Gründe, welche das Haus bei seinem vorjährigen Beschlusse auf Ablehnung der Adresse geleitet haben, und führt demnachst aus, daß man auch zu der Annahme der Erfolgslosigkeit einer Adresse gegenwärtig noch berechtigt sei. Diese vorjährigen Gesichtspunkte dauerten noch fort, nur seien die Gründe für die Ablehnung bei der unveränderten Stellung des Hauses noch erheblich gewachsen. Der Referent erörtert darauf das Vorgehen der Regierung in Bezug auf die Militair-Organisation, welche er als maß- und gesetzlos bezeichnet, weshalb sie nie Gegenstand eines Compromisses sein könne. (Sehr richtig!) Die Thronrede enthalte nichts, was eine Ausgleichung des Conflicts hoffen lasse, und der Verfassungstreue liege nicht so, wie die Antragsteller ihn in ihrer Denkschrift darstellten. Es würden gegenwärtig Kämpfe geführt gegen den Parlamentarismus, d. h. gegen die Rechte des Volkes. (Sehr richtig!) Das Haus wirke nur durch beharrliche Ausdauer und es habe darin schon etwas geleistet; die Antragsteller sollten diesem Beispiele folgen. Schweigen wir von Compromissen und reden von Dem, was uns zukommt. (Sehr richtig!) Er empfehle deshalb die Ablehnung des Reichensperger'schen Antrages.

Der Correspondent Abg. Dr. Waldeck behält sich das Wort zum Schluß der Debatte vor.

Die Discussion wird eröffnet und der Abg. v. d. Heydt, der das erste Wort hat, tritt dasselbe ab an den Abg. Wagen er (Neussittin). Er würde auch für eine Adresse stimmen, aber für eine, welche der Reichensperger'schen Adresse gerade entgegenstehe. Indem der Redner sich dann gegen die Ausführungen des Referenten wendet, bemerkt er, es werde doch dahin kommen, daß das Ministerium einst als Schutz und Erhalter der Verfassung werde betrachtet werden. (Heiterkeit.) Es werde das aber dann nicht ein Genrebild werden, wie Abg. v. Hoyer verbeigefagt habe, sondern ein historisches Gemälde. Der Redner schließt mit der Erklärung, daß er keine Beseitigung der Verfassung wolle, sondern nur eine Beseitigung des constitutionellen Systems, welches von allen Seiten als eine staatsrechtliche Lüge anerkannt sei. (Oh! und Bravo!)

Abg. Twesten widerlegt zunächst einige Bemerkungen Wageners und geht demnachst auf eine Beleuchtung der Motive zu dem Reichensperger'schen Antrage über. Es handelt sich nicht mehr um einzelne Differenzpunkte, sondern um so viel und so tiefgehende Differenzen, daß es nicht mehr möglich ist, mit der Staatsregierung über eine Ausgleichung zu verhandeln. Eine Adresse ist nicht möglich, so lange der Krone Rathgeber zur Seite stehen, welche sich über Alles hinwegsetzen, was die Majorität des Hauses und des Volkes für ihr unzweifelhaftes Recht hält. Das verfassungsmäßige Recht des Hauses ist ausdrücklich bestritten worden; es kann nicht mehr von Berücksichtigungen die Rede sein, welche durch ein königliches



Wort zerstreut werden können. Der Antrag und die Motive entsprechen nicht der gegenwärtigen Sachlage; es müßte Abhilfe verlangt werden und wir müßten mit der Erklärung schließen, daß wir dieser Regierung gegenüber nicht mehr im Stande sind, unsere verfassungsmäßigen Rechte auszuüben und unsere Pflichten zu erfüllen. Herr Reichensperger sagt in seinen Motiven, daß das Budgetrecht des Hauses nur noch ein Gaukelspiel sei. Es ist nicht einmal mehr das. Eine solche Behandlung des wichtigsten Geschäfts im Staatsleben, eines Geschäftes, welches die einzige Einwirkung der Volkvertretung auf die Regierung sichert, wenn dies nichts weiter mehr als ein Gaukelspiel ist, so erschüttert dies alle Fundamente des Staatsbaues. Wir haben alle Veranlassung, uns auf ein solches Gaukelspiel nicht mehr einzulassen. Eine Adresse, wie der Abg. Reichensperger sie beantragt, halte ich für unmöglich, wir dürfen uns nicht dazu drängen lassen, mag der Antrag dazu von gegnerischer oder freundlicher Seite kommen. (Bravo.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gestellt und vom Hause mit großer Majorität angenommen.

Es erhält das Wort der Antragsteller Abg. Reichensperger: Er halte die Adresse für den einzigen Schritt, der dem Hause der Abgeordneten noch offen bleibe. Er habe das Budgetrecht des Hauses Anerkennung, so werde die ganze Situation des Hauses eine andre. Die Landesvertretung habe wiederholt die definitive Anerkennung der Militair-Organisation abgelehnt und nur provisorisch zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft die notwendigen Mittel bewilligt. Er sei schon lange Mitglied des Hauses und habe vielfach schon in anderer Weise an dessen Beratungen Theil genommen. Er müsse sich daher um so mehr darüber wundern, daß der Abg. Twesten der kleinen Minorität den Vorwurf machen wolle, daß sie es gewagt habe, diesen Antrag zu stellen. Er gebe sich nicht der chimärischen Hoffnung hin, daß der Antrag Annahme finden könne; die Bemerkung des Abg. Twesten scheine aber außerhalb aller parlamentarischen Regeln zu liegen. In den Motiven zu dem Antrage spreche er zunächst von den Rechten des Hauses, demnachst von Compromissen. Es sei zu erwarten, daß die Krone, die fest auf ihrem Rechte stehe, auch ebenso bereit sei, die Stimme der Landesvertretung zu hören.

Correspondent Abg. Dr. Waldeck: Der Abg. Wagener hat gesagt, er würde eine Adresse beantragen, welche eine Besichtigung der Verfassung verlangte. Daß eine kleine Majorität dies zu sagen wagt, darüber will ich weiter nicht sprechen; dergleichen Dinge lassen wir ein für allemal abgethan sein. Es handelt sich hier nicht um einen einzelnen Konflikt, sondern um eine Angelegenheit, welche das ganze Staatsleben umfaßt und ergriffen hat; ein Konflikt, der die Autorität der Gerichte hineinzieht, der ist nicht etwas Zufälliges. Die Minister befinden sich auf einer schiefen Ebene, die Minister können nicht anders, sie müssen die Verfassung immer mehr verletzen, sehen sie zu, wo sie bleiben. Wir stehen innerhalb der Verfassung, wir stehen in einer majestätischen Ruhe (Lachen rechts!) — und ihr Lachen bestätigt dies. (Sehr richtig!) Sie leben in Ihren Interessen, Sie wissen nicht, was das Volk, was das Jahrhundert will; nicht das Mindeste ist Ihnen davon klar, und darum glauben Sie mit diesem Gefächler diese Dinge abmachen zu können. (Bravo!) Wenn die verflochtenen 4 Jahre auf Sr. Majestät den König keinen Eindruck gemacht haben, wenn die Stimmen der Presse, der Wähler und dieser Tribüne keinen Eindruck gemacht haben, welchen Erfolg wollen Sie denn von einer solchen Denkschrift erwarten? Mir ist das nicht klar. Wir sind sehr damit zufrieden, daß der Konflikt sich gerade an dem festesten Punkte unsers Rechts entwickelt hat; grade darum weiß das Volk um so mehr, was es an der Verfassung und an deren müthigen Bertheidigern hat. Wir stehen fest im Lande, wir haben einen ganz festen Boden im Lande. Was die Zukunft bringt, das überlassen wir Dem, der überhaupt die Zukunft leitet. Gott weiß, ob wir das Richtige treffen und das Richtige leisten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Gneist: Er wolle dem Abg. Wagener erwidern, daß das constitutionelle System keine Lüge, sondern eine Wahrheit sei. Die Art, wie Wagener aus seinen Worten eintritt habe, sei in der That „Fälschung“.

Abg. Wagener: Dr. Waldeck habe behauptet, daß er (Redner) zur Befestigung der Verfassung aufgefordert habe. Davon sei kein Wort wahr. Dem Abg. Gneist habe ich zu erwidern, daß ich den Ausdruck „Fälschung“ einem andern Orte vorbehalte. Ich habe aus seinen Worten die Stellen wörtlich verlesen, ohne sie zu loben, zu tadeln, oder Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Abg. Dr. Gneist rechtfertigt den Ausdruck „Fälschung“ und der Vicepräsident v. Arnub erklärt hierauf den Ausdruck für unparlamentarisch. (Sensation.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Erlass einer Adresse mit übergroßer Majorität abgelehnt. Die Katholiken stimmen dafür.

Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Ich habe dem Hause zwei Allerhöchste Verordnungen mitzutheilen. (Das Haus erhebt sich.) Die erste Botenschaft lautet:

„Wir Wilhelm u. haben auf Grund des Art. 77 der Verfassungs-Urkunde den Präsidenten Unseres Staats-Ministeriums beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtages am 23. d. M. in Unserm Namen zu schließen, und fordern die Mitglieder des Hauses auf, zu diesem Zweck um 1 Uhr Nachmittags im Weißen Saale des Königl. Schlosses zusammenzutreten.“ (Beifall rechts.)

Die zweite Verordnung lautet:

„Wir Wilhelm u. verordnen auf Grund des Art. 52 der Verfassungs-Urkunde, was folgt: §. 1. Beide Häuser des Landtages werden hierdurch bis zum Schlusse der gegenwärtigen Session vertagt. §. 2. Unser Staatsministerium ist mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.“

Präsident Gradow (nachdem er die Verordnungen in Empfang genommen und durchgelesen): Aus diesen beiden Allerhöchsten Verordnungen entnehme ich, daß wir bis zum Schlusse keine Sitzungen weiter halten sollen, sondern daß wir heute hiermit vertagt sind; und so hätten wir denn heute unsere letzte Sitzung in dieser achten Legislatur-Periode erreicht. M. H. Sie werden von mir nicht erwarten, da ich keine Kenntniß von der uns bevorstehenden Allerhöchsten Ordre gehabt habe, daß ich Ihnen mittheile, welche Arbeiten von uns bereits erledigt, und welche noch zu erledigen sind. Sie selbst wissen es, daß ein großer Theil der Arbeiten bis jetzt noch nicht erledigt ist. Wir können nur die heutige Sitzung mit dem sechsten Wunsche schließen, daß, da nach meiner Ueberzeugung in jeder Hinsicht ein Verfahren eintreten wird, das preussische Volk hinter seinen Abgeordneten stehen und die Verfassungs-Urkunde, wie bisher, heilig halten werde. Die Maßnahmen, die vielleicht in Folge unserer Vertagung und Schließung eintreten werden, die haben sich im Laufe dieser Sitzungs-Periode schon angekündigt. Ich glaube aber, daß wir, da wir für Recht, Gesetz und Verfassung bisher mit allen unsern Kräften eingetreten sind, dies unser Streben auch ferner sein lassen wollen, und da wir denn an dieser Stelle nicht mehr zusammen kommen, so schließe ich die heutige und letzte Sitzung mit dem Rufe: es lebe der König!

Das Haus stimmt dreimal in diesen Ruf ein und die Abgeordneten verlassen den Saal in unverkennbarer Erregung, da bis zu dem Momente der Verlesung der Botschaften durch den Minister-Präsidenten Niemand im Hause eine Abnung von dem bevorstehenden Schlusse des Landtages hatte.

Schluß 3/4 Uhr.

\* Berlin, 23. Febr. [Zur Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz] schreibt das conservative hiesige „N. Mz. Volksbl.“:

Österreichische Blätter haben ausfindig gemacht, daß zahlreiche preussische Agenten in Ungarn den Widerstand der Magyaren gegen die österreichische Regierung aufsuchten. In Preußen giebt es aber wohl Niemandem, der glaubte, die Magyaren bedürften noch eines Stachel; jedenfalls werden also die preussischen Agenten in Ungarn nicht so zahlreich sein, wie die österreichischen Agenten in Preußen, die sich in der Presse, z. B. in der „N. B. Ztg.“, kenntlich machen.

Die Unnatürlichkeit und der immer mehr sich erweiternde Miß jener Allianz werden dadurch treffend charakterisirt, daß gerade die den beiden Regierungen dienenden Pressorgane die ersten sind, welche in Allem, was der einen oder anderen der beiden Mächte unangelegen kommt, die Thätigkeit gegenseitiger Regierungsagenten voraussetzt.

[In der Elberzogthümerfrage] bringt die „N. fr. Pr.“ einen neuen Lösungsmodus zur Kenntniß. Sie will wissen, die Vorschläge Preußens an Oesterreich würden auf eine Personalunion Schleswigs mit Preußen und Holsteins mit Oesterreich hinauslaufen und nähmen eine Erwerbung Holsteins auf dem Wege der Abtretung in Aussicht. Nach der Wiener Correspondenz der „H. B. P.“ würden in nächster Zeit sich sowohl die auswärtige Diplomatie, wie die deutschen Mittelstaaten an den Verhandlungen über die Herzogthümer-Frage betheiligen. Letztere hätten auf österreichischen Rath auf selbstständiges Hervortreten beim Bunde verzichtet und ihr Vertrauen dem Wiener Kabinett wieder zugewendet.

Der „Wesertg.“ wird aus Berlin gemeldet, Graf Carolyi habe hier erklärt, Herr v. Gablenz habe bestimmte Instruction erhalten, dafür Sorge zu tragen, daß ähnliche Vorfälle wie die Versammlung in Altona sich nicht wiederholen.

[Preussische Press-Schicksale.] Freigesprochen wurden gestern, von dem hiesigen Kammergerichte, die Redacteurs der „Deutschen Anwalt-

zeitung“. Sie waren beschuldigt, durch Aufnahme einer den Eintritt der Rechtsanwaltschaft in Stadtverordnetenversammlungen betreffenden Aufforderung des Rechtsanwalts Lewald in das politische Gebiet übergeschweift und so die Grenzen der Carionsfreiheit überschritten zu haben. — Die am 4. d. consecretirte „Rhein. Bzg.“ ist durch richterliche Entscheidung wieder freigegeben. — Die „Rhein- und Ruhrztg.“ wurde am 19. in Duisburg wegen der bekannten Notiz über den Hauptmann Bogler zu 5 Thlr. Geldbuße verurtheilt.

Wien, 22. Febr. [Die „Abendpost“ über den ungarischen Adressentwurf. Annahme desselben im Oberhause.] Die officiöse Wiener „Abendpost“ sagt in einem Artikel über den Adress-Entwurf der ungarischen Magnatentafel unter Anderem, daß, indem der Entwurf die Bildung einer verantwortlichen ungarischen Regierung im deutlichen Gegensätze zu der damaligen unverantwortlichen Kollegialregierung anstrebe, der Entwurf bloß eine innere Landesfrage berühren zu wollen scheine. Andererseits lasse sich jedoch nicht verkenne, daß die Frage über die Form dieser Regierung, namentlich die Frage über das Ministerium, ohne gleichzeitige Regelung der anderen Verhältnisse, wie der künftigen Gestaltung der Municipien, mit Rücksicht auf die vielseitigen Beziehungen und Wechselwirkungen, welche zwischen der Landes- und der Reichsregierung unleugbar bestehen, ohne gleichzeitige Präcisirung der gesammstaatlichen Verhältnisse nicht zur Lösung gelangen könne. — Im ungarischen Oberhause wurde der Adressentwurf mit drei Amendements angenommen, und eine Deputation von zwölf Mitgliedern zur Ueberreichung desselben ernannt.

Frankfurt a. M., 22. Febr. [Bundestagliches.] In der heutigen Bundestagsitzung wurden die Anträge der Ausschüsse, betreffend die Einführung eines gleichen Maß- und Gewichtsystems und die Moskoder Beschwerde-Angelegenheit angenommen.

f. Hamburg, 22. Febr. [Zum norddeutschen Arbeitertag. „Ob Staats- ob Selbsthülfe.“ Das Hamburger Gängeviertel und die Gebrüder Wer. Der Hamburger Alciabades. Die Staatshülfe und die Manchesterkente. H. S. Herz und die „Reform.“ Eine wohlwollende Speculation. Der „in's Hebräische übersetzte Schulze.“ Delisch. Herz-Schulze im Gängeviertel.] Ich habe Ihnen bereits gemeldet, daß man in den hiesigen Arbeiterkreisen einen Norddeutschen Arbeitertag in Aussicht genommen hat, behufs einer Wiedervereinigung der seither in zwei Lager geschiedenen Arbeiter. Zur Vernunft eines solchen Arbeitertages hat sich nunmehr ein Comité gebildet, von welchem an die hiesigen Vereine und Corporationen nachstehender Aufruf erlassen wurde. Derselbe lautet:

Zur allseitigen, eingehenden Besprechung der Interessen des Arbeiterstandes, sowie zur gegenseitigen Verständigung unter den verschiedenen Corporationen und Vereinen, zur Anbahnung brüderlicher Eintracht, ist es notwendig, einen Tag anzuberaumen, an welchem die nöthigsten Fragen von uns Arbeitern selber berathen werden. Die Hauptfrage aber, welche die Arbeiterwelt bewegt, ist, ob die Arbeiter ihre Lage wirklich bauernb verbessern können durch Staatshülfe oder Selbsthülfe. Hierüber sind die Ansichten bis jetzt noch getheilt. Diese Frage scheidet uns noch in zwei Lager. Einigkeit aber muß in Zukunft unter uns herrschen, fest und entschlossen müssen wir alle Hand in Hand gehen. Dieses zu erzielen, soll ein allgemeiner Norddeutscher Arbeitertag zumalzen berufen werden, nach dem Beispiele der süddeutschen Arbeiter, an welchem nicht nur die Arbeiter Hamburgs, sondern die Arbeiter ganz Deutschlands womöglich durch Abgeordnete theilnehmen. Zwanzig Vereine und Corporationen Hamburgs und Altonas haben sich bereits zu diesem Zweck verständigt und einstimmig beschlossen: Die Frage „ob Staats- ob Selbsthülfe“, als alle anderen Fragen in sich schließend, auf das Programm des projectirten Arbeitertages zu setzen. Unterzeichnetes Comité richtet nun auch an Sie die dringende Bitte, nicht theilnahmlos zurückzubleiben, sondern zu der, auf Dienstag, den 20. Febr. d. J. anberaumten Sitzung, Abends 9 Uhr, bei Herrn Lüders, Zeughausmarkt Nr. 31, ebenfalls zwei Deputirte zu schicken.

Das Comité zur Vernunft eines Norddeutschen Arbeitertages.

Das Hamburger Gängeviertel berührte ich schon in einer meiner letzten Correspondenzen mit dem Versprechen, Ausführliches darüber nächstens mit-